



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 10/2010

Halle (Saale), den 4. März 2010

Weniger Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – dennoch Stabilisierung der Beschäftigungslage in Ostdeutschland

Der Um- und Neustrukturierungsprozess der ostdeutschen Wirtschaft im Zeitraum von 1990 bis 1993 war von einem atemberaubenden Beschäftigungsabbau begleitet, der durch einen massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen abgefedert wurde. Inzwischen sind diese Maßnahmen stark zurückgefahren worden. Durch Alterung, Migration und eine geringere Erwerbsbeteiligung nahm jedoch auch das Angebot an Arbeitskräften ab, sodass sich die „Arbeitsplatzausstattung“ relativ verbessert hat, wie eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigt.

Im Jahr 1991 waren in Ostdeutschland etwa 1,7 Millionen Personen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingebunden, ein Fünftel des Erwerbspersonenpotenzials. Heute sind es nur noch 5%. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich nach 1993 stabilisiert. „Setzt man die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen allerdings in Relation zur Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots, ist eine *relative Verbesserung* der Beschäftigungslage in Ostdeutschland zu beobachten“, so Ulrich Brautzsch, Autor der Studie. Die Ursache liegt im deutlich gesunkenen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebot. Maßgebend dafür waren die demographische Entwicklung, die Wanderungsverluste sowie der deutliche Rückgang der Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland.

Veröffentlichung:

BRAUTZSCH, HANS-ULRICH: Trotz Rückgang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen Stabilisierung der Beschäftigungslage in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2010, S. 83-90.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch
Tel.: + 49 (0) 345/7753-775, E-Mail: Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Sperrfrist:
5. März 2010,
12:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Hans-Ulrich Brautzsch
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-775
E-Mail:
brt@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
(**BMAS**),
Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie
(**BMWi**), Arbeitsministerien
der Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagworte:

Ostdeutschland,
Arbeitsmarktpolitik,
Arbeitsangebot,
Erwerbspersonenpotenzial

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: + 49 (0) 345/7753-60
Fax: + 49 (0) 345/7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.